Vorlage für die Sitzung des Senats am 13.05.2025

**Vereinbarungen zur operativen Umsetzung der einvernehmlichen Anpassung
der Beträge nach den §§ 7-9 RegG**

A. Problem

Als Folge der Corona-Pandemie sind die Fahrgelderlöse im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stark eingebrochen. Gemeinsam mit dem Bund haben die Länder die Verkehrsunternehmen und Kommunen finanziell unterstützt und die entstandenen Mindereinnahmen anteilig ausgeglichen. Nach § 7 Absatz 1, Absatz 4 in Verbindung mit Absatz 10 und Absatz 6 RegG erhalten die Länder vom Bund für die Jahre 2020, 2021 und 2022 für den Ausgleich der durch die COVID—19-Pandemie entstandenen finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr einen Betrag in Höhe von bis zu 4,7 Mrd Euro (ÖPNV-Rettungsschirm).

Mit dem Neun-Euro-Ticket, das auf Initiative der Bundesregierung in den Sommermonaten 2022 angeboten wurde, sollten die Bürgerinnen und Bürger angesichts der gestiegenen Energiepreise finanziell entlastet werden. Nach § 8 Absatz 2 RegG erhalten die Länder vom Bund für den Ausgleich der durch das im Zeitraum Juni bis August 2022 angebotene 9-Euro-Ticket entstandenen finanziellen Nachteile einen Betrag in Höhe von 2,5 Mrd. Euro.

Das Deutschlandticket resultiert aus dem Neun-Euro-Ticket. An dieses Ticket soll das Deutschlandticket als dauerhaftes Angebot anknüpfen. Wie schon das Neun-Euro-Ticket soll auch das Deutschlandticket die Bürgerinnen und Bürger angesichts der gestiegenen Energiepreise finanziell entlasten. Gleichzeitig soll es die Attraktivität des ÖPNV deutlich erhöhen, einen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn setzen – und somit dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen. Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 RegG erhalten die Länder vom Bund für den Ausgleich der durch das Deutschlandticket in den Kalenderjahren 2023 bis 2025 entstandenen finanziellen Nachteile einen Betrag in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. Euro.

In den jeweiligen Paragraphen werden auch die Summen festgelegt, die jedem Land für die Ausgleichszahlungen zustehen. Da zum Zeitpunkt der Gesetzgebung der tatsächliche Finanzbedarf je Land nur abgeschätzt werden konnte, weichen die Zuweisungen an die Länder von den tatsächlichen Bedarfen, die in den Ländern entstanden, teilweise erheblich ab.

Daher passen die Länder nach § 7 Absatz 9 Satz 1 RegG, § 8 Absatz 5 Satz 1 RegG und § 9 Absatz 5 Satz 1 RegG die ihnen zugewiesenen Beträge in eigener Verantwortung den tatsächlichen Bedarfen an. Auf der Sonder-VMK vom 11.02.2025 wurde beschlossen, auf der Grundlage der jeweiligen Verwendungsnachweise die Mittel entsprechend der Bedarfe umzuverteilen.

Bei den Mitteln nach den §§ 7 und 9 RegG werden etwaige Reste an den Bund zurückgeführt. Bei den Mitteln nach § 8 RegG werden die überschüssigen Mittel nach dem Kieler Schlüssel (§ 5 RegG) auf die Länder verteilt. Für Bremen würde dies einen Zufluss an Regionalisierungsmitteln in Höhe von rund 4,5 Mio. € bedeuten.

B. Lösung

Da es sich hier um eine gesetzliche Verpflichtung handelt, sind die restlichen Bundesmittel umzuverteilen. Die genaue Summe kann noch nicht beziffert werden (mögliche Änderungen im Bereich von $\pm 10\%$), da noch nicht alle Verwendungsnachweise endabgerechnet sind und vor allem die Berechnungen zum Deutschlandticket noch laufend Korrekturen erfahren.

Die genaue Zusammensetzung der Summe kann der untenstehenden Tabelle entnommen werden. Da derzeit noch mit zum Teil vorläufigen Zahlen gearbeitet wird, wird zunächst nur eine anteilige Umverteilung vorgenommen, wodurch Reste entstehen, die zu einem späteren Zeitpunkt abgerechnet werden.

	§ 7 RegG	§ 8 RegG	§ 9 RegG	Summe
Vom Bund erhalten	54,6 Mio. €	33,8 Mio. €	40,6 Mio. €	129,0 Mio. €
Im Land HB verwendet	49,1 Mio. €	17,2 Mio. €	18,9 Mio. €	85,2 Mio. €
Länderausgleich	4,8 Mio. €	10,9 Mio. €	16,0 Mio. €	31,7 Mio. €
Rest	0,7 Mio. €	5,7 Mio. €	5,7 Mio. €	12,1 Mio. €
Rückfluss vom Rest an Land HB	0	4,5 Mio. €	0	4,5 Mio. €

Tabelle 1: Übersicht der zu verteilenden Bundesmittel

Rechtlich abgesichert wird der länderinterne Zahlungsausgleich durch den Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Ländern, zu deren Zeichnung die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung ermächtigt werden muss.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht empfohlen. Bei der Umverteilung der Bundesmittel handelt es sich um eine gesetzliche Verpflichtung.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Der Beschluss der Senatsvorlage führt voraussichtlich zu einem Zufluss an Regionalisierungsmitteln in Höhe von ca. 4,5 Mio. €. Diese Mittel werden den Beträgen nach § 5 RegG zugerechnet, die das Land vom Bund erhält und die zweckgebunden für den SPNV zu verwenden sind. Aus diesen zusätzlichen Mitteln gibt das Land für den ÖPNV rund 2,2 Mio. € gemäß § 10 BremÖPNVG als Sonderzuweisung an die Stadt Bremen und 0,5 Mio. € an die Stadt Bremerhaven. Der Rest verbleibt beim Land, das diese Mittel entsprechend § 6 RegG für den SPNV verwendet.

Die Mittel gehen als zweckgebundene Einnahmeverfüugungsmittel im Landeshaushalt ein und werden anteilig über vorhandene Verrechnungsbeziehungen an die Stadtgemeinden weitergeleitet; über die konkrete maßnahmenbezogene Verwendung der jeweiligen Anteile an den zweckgebunden einzusetzenden Mehreinnahmen aus Regionalisierungsmitteln ist im Rahmen gesonderter

Gremienbefassungen zu entscheiden. Es ist geplant, dass die Mittel insbesondere zur Abdeckung von erwarteten Mehrbedarfen bzw. Kostensteigerungen u.a. bei der Querverbindung der Linien 2/10 sowie der Erweiterung der Linie 1 (Stadt Bremen), zur Kompensation von Einschränkungen im Fahrgastangebot (Stadt Bremerhaven) bzw. für Kostensteigerungen bei der zum Expresskreuz Bremen/Niedersachsen zugehörigen SPNV-Werkstatt (Land Bremen) eingesetzt werden sollen. Die Vorlage hat keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Genderprüfung

Die Umverteilung der Bundesmittel nach den §§ 7-9 RegG hat keine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Klimacheck

Die Beschlüsse in der Senatsvorlage haben voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt, die Abstimmung mit dem Senator für Finanzen ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat ermächtigt die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung die entsprechenden Vereinbarungen für die Freie Hansestadt Bremen zu unterzeichnen.
2. Der Senat ermächtigt die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung innerhalb der 21. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft etwaige Folgevereinbarungen zur Abrechnung der Mittel aus den §7-9 RegG für die Freie Hansestadt Bremen zu unterzeichnen.

Anlagen

1. Dritte Vereinbarung Länderausgleich ÖPNV-Rettungsschirm
2. Erste Vereinbarung Länderausgleich 9-Euro-Ticket
3. Erste Vereinbarung Länderausgleich Deutschlandticket

**Dritte Vereinbarung zur operativen Umsetzung der einvernehmlichen
Anpassung der Beträge nach § 7 Absatz 2, Absatz 5 und Absatz 7 des
Regionalisierungsgesetzes (RegG)**

Nach § 7 Absatz 1, Absatz 4 in Verbindung mit Absatz 10 und Absatz 6 RegG erhalten die Länder vom Bund für die Jahre 2020, 2021 und 2022 für den Ausgleich der durch die COVID—19-Pandemie entstandenen finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr einen Betrag in Höhe von bis zu 4 700 000 000 Euro (ÖPNV-Rettungsschirm).

Das Land Baden-Württemberg,
vertreten durch den Minister für Verkehr

der Freistaat Bayern,
vertreten durch den Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr

das Land Berlin,
vertreten durch die Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

das Land Brandenburg,
vertreten durch den Minister für Infrastruktur und Landesplanung

die Freie Hansestadt Bremen,
vertreten durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

die Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch den Senator für Verkehr und Mobilitätswende

das Land Hessen,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

das Land Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

das Land Niedersachsen,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

das Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch den Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

das Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch die Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

das Saarland,
vertreten durch die Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und
Verbraucherschutz

der Freistaat Sachsen,
vertreten durch die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung

das Land Sachsen-Anhalt,
vertreten durch die Ministerin für Infrastruktur und Digitales

das Land Schleswig-Holstein,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und
Tourismus

der Freistaat Thüringen,
vertreten durch den Minister für Digitales und Infrastruktur

schließen auf der Grundlage von § 7 Absatz 9 RegG nachstehende Vereinbarung:

1. Nach § 7 Absatz 9 Satz 1 RegG passen die Länder die in § 7 Absatz 2, Absatz 5 und Absatz 7 RegG festgelegte Verteilung in einer Endabrechnung an die in den Jahren 2020 bis 2022 tatsächlich entstandenen finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr einvernehmlich in eigener Verantwortung an.

2. Die Verkehrsministerkonferenzen vom 14./15. Oktober 2020 und 09./10. Dezember 2021 haben jeweils unter TOP 4.1 einvernehmlich zwei vorläufige, jeweils auf das Jahr 2020 bezogene Umverteilungen beschlossen.
3. Auch nach diesen beiden Umverteilungen hat sich der pandemiebedingte Schaden in den Ländern abweichend von den dort vorhandenen Mitteln entwickelt. Das erfordert eine weitere Umverteilung der für die Bewältigung der COVID-19-Pandemie im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel zwischen den Ländern.
4. Die Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 10. Februar 2025 hat daher unter TOP 4, Punkt 3a einvernehmlich beschlossen, die Mittelverteilung an den tatsächlichen Mittelbedarf auf Grundlage der bislang vorliegenden, teils abschließenden, teils vorläufigen Verwendungsnachweise der Länder anzupassen. Gemäß Punkt 3d des genannten Beschlusses werden die Zahlungsbeträge zur Vereinfachung der Zahlungsabwicklung jeweils gerundet.
5. Mit der vorliegenden Vereinbarung wird die nunmehr dritte, die Jahre 2020 bis 2022 umfassende Stufe der vorläufigen Umverteilung auf Grundlage des in Ziffer 4 genannten Beschlusses umgesetzt.
6. Das damalige VMK-Vorsitzland Saarland hat im Rahmen der ersten Umverteilung eine Ausgleichstabelle erstellt und diese auch für die zweite und hier gegenständliche dritte Stufe der vorläufigen Umverteilung anhand der jeweils aktuellen Daten fortgeschrieben. Die aktuelle Fassung dieser Tabelle, die Teil dieser Vereinbarung ist (siehe Anlage), enthält den im Rahmen der dritten Umverteilung maßgeblichen Verteilschlüssel, die Ausgleichsbeträge sowie die zur Umsetzung notwendigen Zahlungsströme zwischen den Ländern.
7. Die Verkehrsressorts der Länder vereinbaren, die in der Ausgleichstabelle genannten Ausgleichszahlungen in eigener Verantwortlichkeit und in Abstimmung mit den im eigenen Land zu beteiligenden Stellen spätestens bis zum 31. Mai 2025 beziehungsweise, falls bis zum 23. Mai 2025 nicht sämtliche Länder ihre Zustimmung zu dieser Vereinbarung erklärt haben, unverzüglich nach Vorliegen sämtlicher Zustimmungserklärungen durchzuführen.

Demnach sind von den ausgleichspflichtigen Ländern in der dritten Stufe des Finanzausgleichs folgende Zahlungen zu veranlassen:

Berlin

- 44 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen und
- 20 Mio. Euro an Hamburg,

Bremen 4,7 Mio. Euro an Rheinland-Pfalz,

Mecklenburg-Vorpommern 17 Mio. Euro an Niedersachsen,

Sachsen

- 23,5 Mio. Euro an Baden-Württemberg und
- 2,3 Mio. Euro an das Saarland,

Sachsen-Anhalt 9,5 Mio. Euro an Hessen,

Schleswig-Holstein

- 6,2 Mio. Euro an Bayern und
- 6 Mio. Euro an Baden-Württemberg,

Thüringen 13,5 Mio. Euro an Hamburg.

8. Nach Umsetzung der hier vereinbarten dritten Stufe der Umverteilung verbleiben in allen Ländern Überschüsse, die gemäß § 7 Absatz 12 Satz 2 RegG dem Bund zu erstatten sind. Da die Abrechnungen in den Ländern bereits abgeschlossen oder zumindest weit fortgeschritten sind, bedarf es voraussichtlich keiner weiteren Umverteilung zwischen den Ländern. Sollte dies doch der Fall sein, werden die im Rahmen der ersten drei Stufen des Mittelausgleichs von den ausgleichspflichtigen Ländern geleisteten Zahlungen auf den finalen Mittelausgleich angerechnet.
9. Die ausgleichspflichtigen Länder unterrichten das VMK-Vorsitzland jeweils von der erfolgten Ausgleichzahlung. Das VMK-Vorsitzland unterrichtet anschließend den Bund über die Umsetzung gemäß § 7 Absatz 9 Satz 2 RegG.

Stuttgart,

Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg

München,

Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr des Freistaates Bayern

Berlin,

Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin

Potsdam,

Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Bremen,

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg,

Senator der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende der Freien und Hansestadt Hamburg

Wiesbaden,

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum des Landes Hessen

Schwerin,

Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Hannover,

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung des Landes Niedersachsen

Düsseldorf,

Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Mainz,

Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

Saarbrücken,

Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz des Saarlands

Dresden,

Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung des Freistaates Sachsen

Magdeburg,

Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt

Kiel,

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Erfurt,

Minister für Digitales und Infrastruktur des Freistaates Thüringen

Anlage

Tabelle Umverteilung Regionalisierungsmittel (Stand: 04.12.2024)

**Erste Vereinbarung zur operativen Umsetzung der einvernehmlichen
Anpassung der Beträge nach § 8 Absatz 3 des
Regionalisierungsgesetzes (RegG)**

Nach § 8 Absatz 2 RegG erhalten die Länder vom Bund für den Ausgleich der durch das im Zeitraum Juni bis August 2022 angebotene 9-Euro-Ticket entstandenen finanziellen Nachteile einen Betrag in Höhe von 2 500 000 000 Euro.

Das Land Baden-Württemberg,
vertreten durch den Minister für Verkehr

der Freistaat Bayern,
vertreten durch den Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr

das Land Berlin,
vertreten durch die Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

das Land Brandenburg,
vertreten durch den Minister für Infrastruktur und Landesplanung

die Freie Hansestadt Bremen,
vertreten durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

die Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch den Senator für Verkehr und Mobilitätswende

das Land Hessen,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

das Land Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

das Land Niedersachsen,

vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

das Land Nordrhein-Westfalen,

vertreten durch den Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

das Land Rheinland-Pfalz,

vertreten durch die Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

das Saarland,

vertreten durch die Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz

der Freistaat Sachsen,

vertreten durch die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung

das Land Sachsen-Anhalt,

vertreten durch die Ministerin für Infrastruktur und Digitales

das Land Schleswig-Holstein,

vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

der Freistaat Thüringen,

vertreten durch den Minister für Digitales und Infrastruktur

schließen auf der Grundlage von § 8 Absatz 5 RegG nachstehende Vereinbarung:

1. Nach § 8 Absatz 5 Satz 1 RegG passen die Länder die in § 8 Absatz 3 RegG festgelegte Verteilung in einer Endabrechnung an die im Zeitraum Juni bis August 2022 tatsächlich entstandenen finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr einvernehmlich in eigener Verantwortung an.
2. Der durch das 9-Euro-Ticket entstandene Ausgleichsbedarf hat sich in den Ländern abweichend von dem in § 8 Absatz 3 RegG geregelten Verteilschlüssel entwickelt. Das

erfordert eine Umverteilung der für das 9-Euro-Ticket zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel zwischen den Ländern.

3. Die Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 10. Februar 2025 hat hierzu unter TOP 4, Punkt 3b einvernehmlich beschlossen, auf Grundlage der bislang vorliegenden, teils abschließenden, teils vorläufigen Verwendungsnachweise der Länder die für das 9-Euro-Ticket benötigten Mittel nach tatsächlichem Mittelbedarf und die überschüssigen Mittel, die gemäß gesetzlicher Vorgabe als reguläre Regionalisierungsmittel zu verwenden sind, nach dem Schlüssel des § 5 RegG (Kieler Schlüssel, Stand 2022) auf die Länder zu verteilen. Gemäß Punkt 3d des genannten Beschlusses werden die Zahlungsbeträge zur Vereinfachung der Zahlungsabwicklung jeweils gerundet.
4. Mit der vorliegenden Vereinbarung wird nunmehr eine vorläufige Umverteilung auf Grundlage des in Ziffer 3 genannten Beschlusses umgesetzt.
5. Das Saarland hat hierzu eine Ausgleichstabelle erstellt, die Teil dieser Vereinbarung ist (siehe Anhang) und die den maßgeblichen Verteilschlüssel, die Ausgleichsbeträge sowie die zur Umsetzung notwendigen Zahlungsströme zwischen den Ländern enthält.
6. Die Verkehrsressorts der Länder vereinbaren, die in der Ausgleichstabelle genannten Ausgleichszahlungen in eigener Verantwortlichkeit und in Abstimmung mit den im eigenen Land zu beteiligenden Stellen spätestens bis zum 31. Mai 2025 beziehungsweise, falls bis zum 23. Mai 2025 nicht sämtliche Länder ihre Zustimmung zu dieser Vereinbarung erklärt haben, unverzüglich nach Vorliegen sämtlicher Zustimmungserklärungen durchzuführen.

Demnach sind von den ausgleichspflichtigen Ländern folgende Zahlungen zu veranlassen:

Bayern

- 56 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,
- 42 Mio. Euro an Sachsen und
- 10 Mio. Euro an Baden-Württemberg,

Berlin 6,2 Mio. Euro an Thüringen,

Bremen

- 10,3 Mio. an das Saarland und

- 600.000 Euro an Mecklenburg-Vorpommern,

Hamburg

- 15,5 Mio. Euro an Brandenburg,
- 3,5 Mio. Euro an Thüringen und
- 2,7 Mio. Euro an Rheinland-Pfalz,

Niedersachsen

- 9,5 Mio. Euro an Mecklenburg-Vorpommern und
- 17,7 Mio. Euro an Sachsen-Anhalt,

Schleswig-Holstein 5,5 Mio. Euro an Thüringen.

7. Aufgrund der teilweisen Vorläufigkeit der Daten wird zumindest eine weitere Umverteilung zwischen den Ländern stattfinden. Die im Rahmen der hier vereinbarten ersten Umverteilung von den ausgleichspflichtigen Ländern geleisteten Zahlungen werden auf den finalen Mittelausgleich angerechnet.
8. Die ausgleichspflichtigen Länder unterrichten das VMK-Vorsitzland jeweils von der erfolgten Ausgleichzahlung. Das VMK-Vorsitzland unterrichtet anschließend den Bund über die Umsetzung gemäß § 8 Absatz 5 Satz 2 RegG.

Stuttgart,

Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg

München,

Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr des Freistaates Bayern

Berlin,

Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin

Potsdam,

Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Bremen,

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg,

Senator für Verkehr und Mobilitätswende der Freien und Hansestadt Hamburg

Wiesbaden,

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum des Landes Hessen

Schwerin,

Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Hannover,

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung des Landes Niedersachsen

Düsseldorf,

Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Mainz,

Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

Saarbrücken,

Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz des Saarlands

Dresden,

Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung des Freistaates Sachsen

Magdeburg,

Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt

Kiel,

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Erfurt,

Minister für Digitales und Infrastruktur des Freistaates Thüringen

Anlage

Tabelle Umverteilung Regionalisierungsmittel (Stand: 04.11.2024)

**Erste Vereinbarung zur operativen Umsetzung der einvernehmlichen
Anpassung der Beträge nach § 9 Absatz 5 des
Regionalisierungsgesetzes (RegG)**

Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 RegG erhalten die Länder vom Bund für den Ausgleich der durch das Deutschlandticket in den Kalenderjahren 2023 bis 2025 entstandenen finanziellen Nachteile einen Betrag in Höhe von jährlich 1 500 000 000 Euro.

Das Land Baden-Württemberg,
vertreten durch den Minister für Verkehr

der Freistaat Bayern,
vertreten durch den Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr

das Land Berlin,
vertreten durch die Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

das Land Brandenburg,
vertreten durch den Minister für Infrastruktur und Landesplanung

die Freie Hansestadt Bremen,
vertreten durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

die Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch den Senator für Verkehr und Mobilitätswende

das Land Hessen,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

das Land Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

das Land Niedersachsen,

vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

das Land Nordrhein-Westfalen,

vertreten durch den Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

das Land Rheinland-Pfalz,

vertreten durch die Ministerin für Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

das Saarland,

vertreten durch die Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz

der Freistaat Sachsen,

vertreten durch die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung

das Land Sachsen-Anhalt,

vertreten durch die Ministerin für Infrastruktur und Digitales

das Land Schleswig-Holstein,

vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

der Freistaat Thüringen,

vertreten durch den Minister für Digitales und Infrastruktur

schließen auf der Grundlage von § 9 Absatz 5 RegG nachstehende Vereinbarung:

1. Nach § 9 Absatz 5 Satz 1 RegG passen die Länder die in § 9 Absatz 3 RegG festgelegte Verteilung in einer Endabrechnung an die tatsächlich entstandenen finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr einvernehmlich in eigener Verantwortung an.
2. Der durch das Deutschlandticket entstandene Ausgleichsbedarf hat sich in den Ländern abweichend von dem in § 9 Absatz 3 RegG geregelten Verteilschlüssel

entwickelt. Das erfordert eine Umverteilung der für das Deutschlandticket zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel.

3. Die Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 10. Februar 2025 hat hierzu unter TOP 4, Punkt 3c einvernehmlich beschlossen, auf Grundlage der sich zum Stichtag 6. Februar 2025 aus dem Erlösmonitor der DTIX GmbH & Co. KG ergebenden Zahlen die Mittelverteilung nach Anteil der Länder am Gesamtbedarf für das Jahr 2023 entsprechend der bereits erfolgten Umverteilung der Einnahmen im DTV und für das Jahr 2024 entsprechend einer Verteilung nach dem Schlüssel der Stufe 2 der Einnahmeaufteilung anzupassen. Aufgrund der Vorläufigkeit der Daten wird der sich aus dem Erlösmonitor jeweils ergebende Mittelbedarf pauschal um 10 % erhöht und nur 80 % der sich ergebenden Ausgleichsbeträge umverteilt. Gemäß Punkt 3d des genannten Beschlusses werden die Zahlungsbeträge zur Vereinfachung der Zahlungsabwicklung jeweils gerundet.
4. Im Umlaufverfahren hat die Verkehrsministerkonferenz im Mai 2025 beschlossen, den Beschluss vom 10. Februar zu TOP 4 unter Punkt 3c dahingehend zu aktualisieren, dass an die Stelle des Stichtags 6. Februar 2025 der 17. April 2025 tritt und neben den aus dem Erlösmonitor ersichtlichen Daten auch die durch die Deutschlandtarifverbundgesellschaft (DTVG) bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Korrekturen dieser Daten maßgeblich sind. Die Umverteilung der für das Deutschlandticket zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel hat ungeachtet etwaiger späterer Änderungen auf dieser Datenbasis (Stand: 17. April 2025) zu erfolgen.
5. Mit der vorliegenden Vereinbarung wird nunmehr eine vorläufige Umverteilung auf Grundlage der unter 3. und 4. genannten Beschlüsse umgesetzt.
6. Die DTVG hat zu diesem Zweck eine Ausgleichstabelle erstellt, die Teil dieser Vereinbarung ist (siehe Anlage) und die den maßgeblichen Verteilschlüssel sowie die Ausgleichsbeträge zwischen den Ländern enthält.
7. Die Verkehrsressorts der Länder vereinbaren, die in der Ausgleichstabelle genannten Ausgleichszahlungen in eigener Verantwortlichkeit und in Abstimmung mit den im eigenen Land zu beteiligenden Stellen durchzuführen.

Dabei gelten folgende Maßgaben:

- a. Gemäß Punkt 3c des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 10. Februar 2025 kann der fällige Ausgleichsbetrag abhängig von der Verfügbarkeit von Regionalisierungsmitteln nach § 9 RegG des jeweiligen Landes in Raten geleistet werden.
 - b. Sollten die in einem zahlungspflichtigen Land verfügbaren Regionalisierungsmittel nach § 9 RegG zur Zahlung des geschuldeten Betrages ausreichen, ist dieser Betrag in voller Höhe bis spätestens zum 31. Mai 2025 beziehungsweise, falls bis zum 23. Mai 2025 nicht sämtliche Länder ihre Zustimmung zu dieser Vereinbarung erklärt haben, unverzüglich nach Vorliegen sämtlicher Zustimmungserklärungen zu zahlen.
 - c. Anderenfalls ist bei Verfügbarkeit von Regionalisierungsmitteln nach § 9 RegG eine erste Rate in Höhe der verfügbaren Mittel bis zum 31. Mai 2025 beziehungsweise, falls bis zum 23. Mai 2025 nicht sämtliche Länder ihre Zustimmung zu dieser Vereinbarung erklärt haben, unverzüglich nach Vorliegen sämtlicher Zustimmungserklärungen, zu zahlen. Der Restbetrag bzw. bei Ausbleiben einer ersten Rate der geschuldete Gesamtbetrag ist spätestens vier Wochen nach Abschluss der Umverteilung der DTV-Schwungmasse für das Jahr 2024 (TOP 3 Punkt 4 des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 10. Februar 2025) zu zahlen.
8. Unter Berücksichtigung der Mittelverfügbarkeiten und -bedürfnisse in den Ländern ergeben sich gemäß den unter Ziffer 6 genannten Maßgaben folgende Zahlungsverhältnisse:

a. vollständige Einmalzahlung gemäß Ziffer 6b:

Bayern

- 31,7 Mio. Euro an Baden-Württemberg,
- 9,5 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Bremen

- 15 Mio. Euro an Hamburg,
- 0,7 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Sachsen-Anhalt 13,3 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

b. erste Rate gemäß Ziffer 6c:

Mecklenburg-Vorpommern 5 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Saarland 7,5 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Sachsen 4 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Schleswig-Holstein 8 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

c. zweite Rate (bzw. Einmalzahlung, falls keine erste Rate) gemäß Ziffer 6c:

Brandenburg 47,1 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen, wobei diese Zahlung unter Haushaltsvorbehalt steht,

Mecklenburg-Vorpommern

- 0,6 Mio. Euro an Berlin,
- 4,9 Mio. Euro an Hessen,
- 14,8 Mio. Euro an Rheinland-Pfalz,

Saarland 1,1 Mio. Euro an Berlin,

Sachsen

- 0,4 Mio. Euro an Berlin,
- 8 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Schleswig-Holstein 48,9 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Niedersachsen

- 7 Mio. Euro an Berlin,
- 14,5 Mio. Euro an Hamburg,
- 1,4 Mio. Euro an Nordrhein-Westfalen,

Thüringen 4 Mio. Euro an Berlin.

9. Aufgrund der Vorläufigkeit der Daten werden gegebenenfalls weitere vorläufige und jedenfalls noch eine abschließende Umverteilung zwischen den Ländern stattfinden. Die im Rahmen der hier vereinbarten ersten vorläufigen Umverteilung von den ausgleichspflichtigen Ländern geleisteten Zahlungen werden auf den finalen Mittelausgleich angerechnet.

10. Die ausgleichspflichtigen Länder unterrichten das VMK-Vorsitzland jeweils von erfolgten (Teil-)Zahlungen. Das VMK-Vorsitzland unterrichtet anschließend den Bund über die Umsetzung gemäß § 9 Absatz 5 Satz 2 RegG.

Stuttgart,

Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg

München,

Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr des Freistaates Bayern

Berlin,

Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin

Potsdam,

Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Bremen,

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg,

Senator für Verkehr und Mobilitätswende der Freien und Hansestadt Hamburg

Wiesbaden,

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum des Landes Hessen

Schwerin,

Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Hannover,

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung des Landes Niedersachsen

Düsseldorf,

Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Mainz,

Ministerin für Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz

Saarbrücken,

Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz des Saarlands

Dresden,

Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung des Freistaates Sachsen

Magdeburg,

Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt

Kiel,

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Erfurt,

Minister für Digitales und Infrastruktur des Freistaates Thüringen

Anlage

Tabelle Umverteilung Regionalisierungsmittel (Stand: 17.04.2025)